Nr. 240
A 122
Morgen-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 23. Mai 1928
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 5600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3666—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Hamburger Gaskatastrophe

Was Dr. Stoltzenberg erzählt / Das Schicksal eines Kriegschemikers / Die Aufträge der „Gefu" / Das Danaergeschenk

F. S. **Hamburg**, 22. Mai

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung"

Heute abend hatte ich Gelegenheit, mit dem Inhaber der Chemischen Fabrik Dr. Hugo Stoltzenberg, auf dessen Lagerplatz in der Haferstraße in Hamburg-Veddel sich die furchtbare Giftgaskatastrophe ereignete, ausführlich zu sprechen. Zunächst gab Dr. Stoltzenberg eine ausführliche Schilderung seiner Vergangenheit.

„Ich war vor dem Kriege Assistent in dem Chemischen Institut in Breslau, wurde im August 1914 eingezogen, mehrfach verwundet und schied 1917 nach nochmaliger schwerer Verwundung aus dem Felddienst aus. Ich wurde im Jahre 1917 Leiter und Erbauer verschiedener deutscher Kriegsgaswerke. Nach dem Zusammenbruch wurde ich von der deutschen Regierung als Fachmann zur Vernichtung von Gaskampfstoffen herangezogen, sowohl deutscher Restbestände wie ausländischer Beutestücke. Die Vernichtung wurde auf dem Gasplatz Breichs-Lager im Hannoverschen vorgenommen. Eine Reihe von Ententekommissionen kontrollierte diese Aufgabe.

Ich wurde, nachdem diese Tätigkeit ihr Ende gefunden hatte, mehrfach von ausländischen Staaten in Anspruch genommen, teils in wissenschaftlichem, teils in sachlichem Interesse. Die Arbeit gestaltete sich für mich recht lukrativ, da ich die Kampfstoffe zu Friedensprodukten umwandelte. So gelang es mir, 300 Tonnen Peerstoff, eines der gefährlichsten Kampfgase, in Tätrachlorkohlenstoff umzuwandeln, indem ich sowohl Chlor auf Chlorflaschen in Aluminiumchlorid umwandelte, und so Aluminiumchlorid zur Umwandlung von Peerstoffen in Tätrachlorkohlenstoff verwandte.

Im Jahre 1922 erhielt ich aus Spanien den Auftrag zum Bau von Fabriken, die sich auf 7,7 Mill. Goldpeseten beliefen. Mit der Abwicklung dieser Aufträge war ich noch in den Jahren 1923-24 beschäftigt, zu meiner Zeit, als ich nach Hamburg übersiedelte, wo mir Bürgermeister Dr. Diestel im Industriegelände ein Grundstück zur Verfügung stellte. Mein Vermögen gestattete es mir, eine moderne Fabrik dort zu errichten. Außer diesen spanischen Bauaufträgen schlossen sich noch Aufträge zur Lieferung von Zwischenprodukten an, die an Ort und Stelle zu Kampfstoffen umgearbeitet wurden, da zu jener Zeit die Kämpfe mit den Riffkabylen stattfanden.

Im Jahre 1923 trat zum ersten Male die deutsche Regierung durch die „Gefu" an mich heran und appellierte an mein patriotisches Gefühl, an meine fachmännischen Kenntnisse. Ich möchte betonen, daß ich niemals der Nationalsozialistischen Partei angehört habe, noch ihr nahegestanden habe. Durch Vermittlung der „Gefu" wurde die russisch-deutsche Versolfabrik in Trotzk gegründet, über deren Beschreibung ich mir Einzelheiten versagen kann, da sie in der Presse bereits bekanntgemacht worden sind. Außer den russischen Kampfgaslieferungen kamen deutsche Aufträge hinzu.

Als die Politik schwenkte, standen bald keine Mittel mehr zur Verfügung. Nachdem eine Reihe von Ansprüchen, die ich an die „Gefu" zu stellen hatte, nicht erfüllt wurden, konnte ich mit den mir zur Verfügung gestellten Mitteln nicht mehr auskommen. Dennoch wurden die Arbeiten mit meinen eigenen Mitteln fortgesetzt, und ich haftete dem Waffenamt gegenüber mit meinem gesamten Vermögen. Später trat ein Schiedsgericht gegen mich zusammen, das gegen mich entschied und mein gesamtes Vermögen fiel meinen Vertragsgegnern zu. Ich war auf Gnade und Ungnade diesen ausgeliefert.

Die „Gefu" stellte mich nun vor zwei Alternativen, entweder Konkurs oder Geschäftsaufsicht anzunehmen. Als Geschäftsmann entschied ich mich selbstverständlich für Geschäftsaufsicht, in dem festen Vertrauen, einen Teil meines Besitzes wieder herausgebekommen, den ich vorher erarbeitet hatte. Zu meiner größten Empörung stellte man mich nach drei Monaten der Tatsache gegenüber, daß ich ohne Abfindung unter Verlust aller Ersparnisse auf die Straße gesetzt wurde, während mein gesamter Besitz auf die Gesellschaft Müggenberg überging.

Der Charakter dieser Gesellschaft ist mir vollkommen unklar. Ich weiß, daß hinter ihr der Berliner Bankier Schleber, im Zusammenhang mit der Engelhardt-Bank in Berlin und der Stamag (Stahl- und Maschinenfabrik A. G.) steht. Nachdem meine Fabrik in den Besitz dieser Gesellschaftübergegangen war, trat an leitende Stelle der frühere Handelsbevollmächtigte der „Gefu", Dr. von Borries. Er konnte mit dem Phosgengas nichts anfangen, und gab es mir als einziges meiner früheren Besitztümer gewissermaßen als Danaer-Geschenk zurück. Ich brachte die Phosgentanks auf einem von den Stahlwerken Werner gepachteten Gelände auf der Hegestraße unter.

Ich sah mich plötzlich vollkommen vermögenslos aus meiner Fabrik herausgedrängt. Ich, der ehemals Fabriken in Spanien erbaut und geleitet hatte, sah mich genötigt, als Bankrotteur nach Spanien zurückzukehren und neben meinen frühern Meistern gemeinschaftlich als Arbeiter wirken. Während dieser Zeit gelang es mir aber, in den Besitz von Mitteln zu gelangen, und ich kehrte nach Hamburg zurück, wo ich wieder selbständig meine alte Fabrik (ich befinde mich übrigens weder in Konkurs noch in Liquidation) weiterführen konnte. Ich bin zur Zeit damit beschäftigt, Fabrikbauaufträge durchzuführen.

Was die Verwendung des Phosgen anbelangt, so kann ich an Hand der Korrespondenzen nachweisen, daß ein Posten von etwa 40 Tonnen jährlich an die Heyden Chemical Korporation und die Northwestern Kompany, beide in den Vereinigten Staaten, bestellt wurden. Nachdem das schreckliche Unglück geschehen ist, habe ich selbst den Vorschlag gemacht, die in Kesseln befindlichen Phosgenmengen in Kesselwagen abzufüllen, auf einen Dampfer zu bringen und unter Wasser in der Nordsee unschädlich zu machen."

Neue Opfer des Unglücks

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ps **Hamburg**, 22. Mai

Die Zahl der Todesopfer der Giftgaskatastrophe hat sich auf elf erhöht. Es starben im Hamburger Krankenhause Frau Minna Helmholz aus Wilhelmsburg, in Harburg der Postschaffner Drenckhahn und Frau Maria Petutat, beide ebenfalls aus Wilhelmsburg. Das über Wilhelmsburg aufsteigende Gas ist inzwischen bis zu der Elbinsel Altenwärder und bis in die Neugraderne und die Fischbeker Heide gedrungen. **18 Kilometer in der Luftlinie von dem Gefahrenherd entfernt erkrankte eine Knabenwandergruppe an den Wirkungen vergifteter Luft. Es stellte sich plötzlich starker Hustenreiz und Neigung zu Uebelkeit und Erbrechen ein.** Der Führer der Gruppe hatte die Geistesgegenwart, sofort einen Eilmarsch in nördlicher Richtung zu machen, um aus der Windrichtung zu kommen. Dadurch wurden die Jungen gerettet. In Altenwärder sind bei mehreren Personen nach Vergiftungserscheinungen bemerkbar geworden unter denselben Symptomen wie bei den anderen Erkrankten.

In der Hamburger Bürgerschaft wird morgen eine demokratische Anfrage beantwortet werden müssen, die dahin geht, ob es der Polizeibehörde bekannt gewesen sei, daß in der Stoltzenbergschen Fabrik Giftgase hergestellt und geliefert wurden, und, wenn das der Fall war, wer verantwortlich für die Erteilung der Erlaubnis war, ferner, ob noch weitere Betriebe in der Nähe menschlicher Behausungen im Hamburger Stadtgebiet bestehen, die ähnliche Gefahren in sich bergen, und schließlich ob die Polizeibehörde gewillt sei, die sofortige Aufhebung dieser und etwa noch vorhandener ähnlicher Betriebe zu veranlassen.

d **Paris**, 22. Mai

Die Explosion in Hamburg hatte bekanntlich im Ausland verschiedentlich zu der Befürchtung Anlaß gegeben, daß in Hamburg eine starke Gasfabrikation für Kriegszwecke betrieben würde. Dieses unsinnige Gerücht erfährt nun von kompetenter französischer Seite ein Dementi.

Der bekannte französische Chemiker Moureu, der im Kriege die französische Gasoffensive gegen Deutschland durch seinen wissenschaftlichen Beistand ermöglichte, erklärte Pressevertretern gegenüber, es sei vollständig ausgeschlossen, daß die in Hamburg aufgespeicherten Gasbestände zu Kriegszwecken hergestellt sein könnten.

Jedenfalls, so meinte Professor Moureu, brauche man keineswegs über die Gasmenge erstaunt sein, die sich in dem Besätter befunden habe. Das Phosgengas dient dazu, Färbungsstoffe zu erzeugen, auch Färbungsstoffe explosiver Natur, die in Friedenszeiten zur Ausbeutung von Minen und anderen Zwecken notwendig seien. Infolgedessen beweise der Zwischenfall keineswegs, daß Deutschland in großer Menge heimlich Giftgase herstelle.

Nach den Landtagswahlen

Von

* * *

Vor den Wahlen wurde eine Zeitlang intern um die Entscheidung darüber gekämpft, ob die preußischen Landtagswahlen mit den Reichstagswahlen kombiniert werden sollten oder nicht. Es ist kein Geheimnis, daß der Preußische Ministerpräsident damals dafür eintrat, Preußen für sich allein wählen zu lassen, und zwar ordnungsgemäß, wie es der natürliche Ablauf der Legislaturperiode des Landtags verlangte, im Herbst 1928, also ein halbes Jahr etwa nach den für das Frühjahr erwarteten Reichstagswahlen. Wenn schließlich die Wahlen doch zusammengelegt wurden, so lediglich deshalb, weil das Zentrum unbedingt auf dieser Forderung bestand und eine Einigung auf einer anderen Basis einfach nicht zu erzielen war. Dabei hatten für das Auseinanderhalten der beiden Wahlen sehr gewichtige Gründe gesprochen, nicht allein der politisch-theoretische, daß — gleichgültig wie man zum Einheitsstaat stehe — die großen Länder, solange sie noch ihre Selbständigkeit behalten, auch unbedingt das Recht haben müßten, ihre spezifischen politischen Kampffragen, die nachher wieder im neuen Landtag eine beherrschende Rolle spielen werden, auszukämpfen und der Bevölkerung wirklich nahezubringen. Vielmehr sprach praktisch, was leider vom Zentrum verkannt wurde, für die selbständige Abhaltung der preußischen Landeswahlen schon die Tatsache allein, daß hier eine Regierung vor die Wähler hintreten konnte, die wirklich eine große Reihe positiver Leistungen aufwies und erwarten durfte, daß die Wähler sich einmal mit dieser wirklich konstruktiven, werkschaffenden Regierungsarbeit ernsthaft auseinandersetzen würden. Es wurde weiter mit Recht eingewandt, daß bei gemeinsamen Wahlen mit dem Reiche die Schlagworte der Außenpolitik, der Wirtschaftspolitik usw., die lediglich in das Gebiet der Reichspolitik gehören, alles andere und damit auch die Diskussion über den nüchternen und sachlichen, aber in seiner Massierung unwiderlegbarer Tatsachen imponierenden Rechenschaftsbericht der Preußischen Regierung, überönen würden.

Das Ergebnis der Wahlen hat denen rechtgegeben, die, ohne irgendwie etwa Föderalisten und Eigenbrötler zu sein, sich aus diesen praktisch-politischen Gründen für einen separaten preußischen Wahlkampf ausgesprochen hatten. Es liegt eine starke Ironie darin, daß gerade das Zentrum es gewesen ist, welches diese Erfahrung außerordentlich teuer hat bezahlen müssen. Die Reichstagswahlen boten zum ersten Male — von einigen Wahlen in kleineren Ländern abgesehen — den über die Politik des Bürgerblocks und die konsumentenfeindliche, kulturpolitisch rückständige Einstellung der Reichsregierung erbitterten Massen ein Ventil, eine Möglichkeit zur wuchtigen Kritik. Sachliche Fragen im einzelnen mußten notwendig bei dieser ausgesprochenen Stimmungswahl zurücktreten. So entlud sich die ganze hochgradige Verstimmung der Zentrumsjugend und insbesondere der Christlichen Gewerkschaften gegen das Reichszentrum in einer Form, die naturgemäß zwischen Reich und Preußen gar keinen Unterschied machte. Die christlichen Arbeiter, die in allen Landesteilen, wo Zentrumsorganisationen bestehen, zum Teil für die Sozialdemokraten und — wie es nach den Berichten aus den Bergarbeiterrevieren schon vor einigen Monaten vorauszusehen war — zum erheblichen Teil für die Kommunisten stimmten, übten damit nicht eine Kritik an der Haltung des preußischen Zentrums, sondern wehrten sich gegen die Vorgänge in der Gesamtpartei, die von Wirth, Joos und dem Windhorstbund dauernd scharf kritisiert werden. Hätten fünf oder sechs Monate später die gleichen Wähler darüber zu entscheiden gehabt, ob das preußische Zentrum weiter die Weimarer Koalition aufrechterhalten und dort weiter gute und wertvolle Arbeit leisten solle, so hätte, — dem verschließt sich wohl auch heute schon die Zentrumsparteileitung nicht mehr — die christliche Arbeiterschaft nicht zum radikalen Stimmzettel gegriffen! Das Zentrum, das geglaubt hatte, den Reichstagskampf in den Gebieten, wo christliche und freie Gewerkschaften miteinander ringen, nicht führen zu können, wenn nicht wenigstens die Rückendeckung seiner guten und fest republikanischen preußischen Politik ihm zur Verfügung stände, sieht jetzt ein, daß diese Berechnung die Erbitterung über seine Reichspolitik unterschätzt hat, und daß somit eine wertvolle Reserve für die Landtagswahlen unnütz vertan wurde. Man kann heute sagen, daß bei einer getrennten preußischen Landtagswahl die Weimarer Koalition in Preußen ein Dutzend Mandate mehr erobert hätte als heute, und daß damit die Majorität der Weimarer Koalition im neuen Landtag nicht 229 zu 221, sondern 240 zu 210 betragen hätte.

Es ist im übrigen durchaus wahrscheinlich, daß in einem separaten preußischen Wahlgang, in dem die Parteien hätten erweisen müssen, was sie geleistet haben, die Deutsche Volkspartei wesentlich schlechter abgeschnitten hätte, als bei den Reichstagswahlen. Es war vorauszusehen — und